Gegendarstellung
der Bürgerinitiative
Gegenwind Vogelsberg, Gruppe Ulrichstein

bezüglich der Zeitungsartikel **[2.8][2.9]** anlässlich der Schmährede von Bürgermeister Schneider in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein vom 01.11.2013

Dokument:
http://www.gegenwind-vogelsberg.de/gegendarstellung

Hauptseite:
http://www.gegenwind-vogelsberg.de

Inhaltsverzeichnis

1.Gegendarstellung - Pressetext....2
2.Anlagen....4
2.1.Antrag und Unterschriftenlisten Feldkrücken....4
2.1.1.Schneider bestätigt Erhalt der Unterschriftenliste Feldkrücken....4
2.1.2.Antrag/Fragenkatalog der Bürger von Feldkrücken....5
2.2.Antrag und Unterschriftenlisten Ulrichsteiner Bürger....9
2.3.Email-Verkehr - Verweigerung der Zurverfügungstellung von städtischen öffentlichen Räumlichkeiten....11
2.4.Edwin Schneider wirft der BI Gegenwind Vogelsberg Androhung von Gewalt gegenüber Besuchern der Infoveranstaltung vor (AA)....16
2.5.Vorwurf von Ulrichsteins Bürgermeister im Kreisanzeiger....17
2.6.Bürgerinitiativen weisen angebliches Zutrittsverbot zurück....18
2.7.Gezieltes Ausgrenzen der Bürger Ulrichsteins....19
2.8.Reaktion Edwin Schneider in Stadtverordnetensitzung (LA)....21
2.9.Reaktion Edwin Schneider in Stadtverordnetensitzung (AA)....22
2.10.Widerstreit der Interessen....23
2.10.1.Auszug Protokoll Stadtverordnetensitzung 02.11.2012....23
2.10.2.Auszug Protokoll Stadtverordnetensitzung 01.02.2013....24
2.10.3.Beteiligung....25

1. Gegendarstellung - Pressetext

Gegendarstellung der Bürgerinitiative Gegenwind, Gruppe Ulrichstein, zur Stadtverordnetenversammlung am 01.11.2013 und den Vorwürfen des Bürgermeisters Edwin Schneider gegenüber der Bürgerinitiative, eine Schmutzkampagne mit Unwahrheiten zu führen [2.8][2.9].

Schon in der an sich ruhig verlaufenden Stadtverordnetenversammlung zeigte sich, dass Herr Edwin Schneider in seiner Funktion als Bürgermeister es manchmal mit den Tatsachen nicht so genau nimmt: Das Hauptverfahren vom 19.09.2013 vor dem Verwaltungsgericht Gießen in Sachen Wasser-Beitragsordnung hat die Stadt entgegen seiner Feststellung nicht gewonnen, wie er behauptet, sondern - um es sportlich auszudrücken - 3:1 verloren, denn sie muss 75% der Gerichtskosten tragen!

An der Rechtswidrigkeit ist im Übrigen, wie der BI-Wasser-Abwasser unterschwellig vorgeworfen wird, nicht diese, sondern die Stadt selbst schuld, sowie auch für deren Folgen.

Eine sehr begrüßenswerte Vorgehensweise wählte man für die Einberufung einer Bürgerversammlung in Sachen Windkraft, nämlich nach einem Antrag eine „Anregung“ für die Durchführung zu beschließen. Die Zustimmung erfolgte dann einstimmig.
Eigentlich kann laut Hessischer Gemeindeordnung der Stadtverordnetenvorsteher, Herr Heiko Müller, diese Bürgerversammlung ganz unabhängig selbst einberufen, was er auch wollte, aber einige Male ausgebremst wurde.

Den Höhepunkt des Abends bildete allerdings die Stellungnahme des Bürgermeisters zur Pressemitteilung/Leserbrief[2.7] der Bürgerinitiative Gegenwind mit dem Vorwurf der Unwahrheit (der Lüge) gegenüber der BI, “der Stadtverwaltung beziehungsweise dem Magistrat lägen keine Unterschriftenlisten betreffend der Durchführung einer Versammlung vor“.
Die Bürgerinitiative weist diese Behauptung des Bürgermeisters Edwin Schneider mit allem Nachdruck zurück mit dem Vorwurf der bewussten Falschaussage an ihn als Beamten.
Uns liegen die schriftlichen Bestätigungen des Eingangs dieser Anträge mit Unterschriftenlisten von ihm selbst[2.1] und von dem Stadtverordnetenvorsteher, Herrn Heiko Müller, vor[2.2], der zu dieser Aussage bei der Sitzung allerdings unverständlicherweise geschwiegen hat.

Auch in der Vergangenheit hat sich der Bürgermeister nicht mit Sachlichkeit hervorgetan:
Bei der Vorbereitung der Infoveranstaltung der Bürgerinitiative Gegenwind Vogelsberg am 11.01.2013 wurde dieser vom Bürgermeister die Nutzung von öffentlichen städtischen Räumlichkeiten verweigert [2.3] (der Emailschriftverkehr kann auf der Homepage der BI eingesehen werden, s. u.).
Nach dieser anscheinend unerwünschten Veranstaltung erhob er in der Presse gegenüber der BI den Vorwurf der Androhung von Gewalt gegenüber einem Besucher, um dessen Zutritt zu verhindern [2.4][2.5][2.6].
Herr Schneider war bei dieser Veranstaltung nicht anwesend. Den Namen dieses Besuchers hat er bis heute nicht genannt. Die anwesenden Mitglieder der BI, die im Eingangsbereich den Infotisch betreuten, sind bereit, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, dass dieser Vorwurf jedweder Wahrheit entbehrt.
Im Gegensatz hierzu waren bei der Stadtverordnetenversammlung am 23.08.2013 (Tagesordnungspunkt 10, Anfrage eines Stadtverordneten zum Thema Windkraft in der „Steinbach“) zwar nicht die beiden „Leserbriefschreibenden“, aber ein anderes beauftragtes Mitglied der BI anwesend, was sicher aus dem Sitzungsprotokoll für Herrn Bürgermeister Schneider ersichtlich gewesen wäre.

Bei dem angesprochenen Thema „Widerstreit der Interessen“ hat die BI keineswegs einen pauschalen „Korruptionsvorwurf“ erhoben, wie Herr Schneider interpretieren wollte.
Wir haben von einigen Mandatsträgern gesprochen und sehen aufgrund dieser Vorwürfe nun die Notwendigkeit, dies anhand eines Beispiels zu konkretisieren:

In der Sitzung am 02.11.2012 wurden in den Tagesordnungspunkten 3 und 4 [s. 2.10.1] und in der Sitzung vom 01.02.2013 in den Tagesordnungspunkten 3 und 4 [s. 2.10.2] die Änderung des Flächennutzungsplanes und ein dazugehöriger Bebauungsplan im Sondergebiet "Goldener Steinrück/Röderwald/Lohrain" beraten und beschlossen. Dies geschah nachträglich insbesondere (02.11.2012) zur Verbesserung der Erfolgsaussichten wegen der Klage des NABU gegen die dort bereits errichtete Windfarm. Da die Möglichkeit bestand, dass Dr. Holger Knopp als an der Windfarm der BWU finanziell Beteiligter [2.10.3] die Klageaussichten auch für sich persönlich verbessern konnte, ist hier eindeutig von einem persönlichen Vorteil seinerseits auszugehen. Laut Protokoll hat er an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

Das politische Motto: Ihr habt uns gewählt und wir haben damit völlig freie Hand zu entscheiden, beinhaltet ein Obrigkeitsdenken aus dem letzten Jahrhundert und verkennt die Vorteile einer Diskussion mit den Bürgern, nämlich vorher Konfliktpunkte zu erkennen und dabei möglicherweise sogar Kosten einzusparen und neue Ideen aufzunehmen. Statt mündige Bürger rechtzeitig in Prozesse einzubeziehen, haben wir in den letzten 1 ½ Jahren die Erfahrung gemacht, dass zuerst Tatsachen geschaffen werden sollen. Herr Schneider betont zwar immer wieder, dass in Natura 2000-Gebieten keine WKA mehr errichtet werden können, mit welcher Vehemenz aber daran gearbeitet wird, dass das doch möglich wird, wird verschwiegen. Anschauen können wir uns „unsere“ neuen Windindustriegebiete selbst, wenn sie errichtet sind.

Dass der Vorwurf einer „Elfenbeinturm-Politik“ der Stadt nicht ganz aus der Luft gegriffen ist, zeigte sich nach der Schmährede des Bürgermeisters, da danach keine Redebeiträge der von ihm angegriffenen BI-Mitglieder zu seinen Vorwürfen mehr zugelassen wurden.

Es ist nicht mehr akzeptabel, in welcher Form hier wiederholt durch Herrn Schneider ein völlig verzerrtes Bild von der BI in der Presse dargestellt wird, Bürger/innen der Lüge bezichtigt und sogar in eine radikale Ecke gestellt werden. Das geht über den üblichen Schlagabtausch weit hinaus. Inhaltlich sind die Anprangerungen unsererseits aus der Pressemitteilung von 09/2013 für jeden zu belegen.
Die Belegdokumente können auf der Homepage der BI unter
http://www.gegenwind-vogelsberg.de/gegendarstellung [1]
eingesehen werden.

Bei aller Schärfe der Diskussion liegt es uns fern, den Bürgermeister, die Mandatsträger und die ehrenamtlich Tätigen zu verunglimpfen. Wir plädieren vielmehr für eine offene sachliche Auseinandersetzung zum Wohle unserer Stadt.

Wir fordern aber Herrn Bürgermeister Schneider auf, sich für seine Falschaussagen, sein Verhalten in der öffentlichen Sitzung als auch für seine letzte Presseveröffentlichung bei der Bürgerinitiative Gegenwind, insbesondere bei den verantwortlichen Autoren, öffentlich zu entschuldigen.

Bürgerinitiative Gegenwind Vogelsberg, Gruppe Ulrichstein

---

[1] Anm. für die Presse: Unter diesem Link wird dieses Ihnen hier vorliegende Dokument inklusive der Anlagen abrufbar sein.

2. Anlagen

2.1. Antrag und Unterschriftenlisten Feldkrücken

2.1.1. Schneider bestätigt Erhalt der Unterschriftenliste Feldkrücken

Stadt Ulrichstein - Der Magistrat
www.ulrichstein.de - staatlich anerkannter Erholungsort

Ulrichstein, den 08.08.2012

Der Magistrat | Postfach 22 | 35326 Ulrichstein
Frau
Stephanie Frank
[redacted]
35327 Ulrichstein

Abteilung: Vorzimmer Bürgermeister
Sachbearbeiter: [redacted]
Telefon: (06645) 9610 - 14
Fax: (06645) 9610 - 22
E-mail: vorzimmer@ulrichstein.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen: 022.16; 630.87 / 00006946

Sprechzeiten:
Montag bis Freitag: 8.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 13.30 – 15.30 Uhr
Donnerstag: 13.30 – 18.00 Uhr

Geplante Windkraftanlagen am "Zwirnberg" in der Gemarkung Ulrichstein

Sehr geehrte Frau Frank,

mit Schreiben vom 20.05.2012 an alle Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung haben Sie einen Fragenkatalog zu den geplanten Windkraftflächen „Ulrichsteiner Kreuz/Zwirnberg und „Feldkrücker Höhe" aufgestellt und eine Unterschriftenliste vorgelegt.

Im Auftrag und in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden teile ich Ihnen mit, dass nach heutigem Stand im Herbst eine Veranstaltung stattfinden wird, in der über die neu geplanten Windenergieanlagen auf dem Stadtgebiet informiert werden soll.

Wie auch in der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses / Bau- und Planungsausschusses am 25.06.2012 deutlich wurde, ist die Planung derzeit noch nicht so weit fortgeschritten, dass diese den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden kann.

Die Gründe sind durch die Referenten in der Sitzung (Herr Dr. Gerhards – RP Gießen, Herr Morber – hessenENERGIE), an der Sie ja teilgenommen haben, ausführlich erläutert worden.

Den Fragenkatalog, den Sie und Frau Riedel mir am 18.06.2012 überreicht haben, kann ich aus diesen Gründen ebenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt beantworten.

Für weitere Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Ich bedanke mich für Ihr Verständnis und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Edwin Schneider
Bürgermeister

Hausanschrift:
Marktstraße 28 – 32
35327 Ulrichstein

Konten der Stadtkasse:
Sparkasse Oberhessen BLZ 518 500 79 Konto 0 385 102 690
Volksbank Ulrichstein BLZ 519 610 23 Konto 2 410
Postgirokonto Ffm. BLZ 500 100 60 Konto 18 953 602

2.1.2. Antrag/Fragenkatalog der Bürger von Feldkrücken

Steffi

Absender
Bürger/-innen von Feldkrücken

Feldkrücken, 20.05.2012

An die
Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen
SPD (Wolfgang Repp), CDU (Dr. Holger Knopp),
FDP/FWG (Volker Scharmann) und
Alternative Kraft (Armin Kraft) innerhalb der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein

Geplante Windkraftflächen „Ulrichsteiner Kreuz / Zwirnberg" und „Feldkrücker Höhe"

Sehr geehrte Herren,

erst im Rahmen der Veranstaltung des „Schottener Forums" am 03. Mai 2012 im Forstamt Schotten und der daraus resultierenden Bürgerversammlung am 10. Mai 2012 in der Festhalle Schotten sowie aufgrund diverser Presseartikel in diesem Zusammenhang wurden viele Bürgerinnen und Bürger aufmerksam bezüglich der geplanten Windkraftanlagen an den Standorten „Zwirnberg" und „Feldkrücker Höhe". Im Rahmen dieser Informationen hat sich eine Vielzahl von Betroffenen bezüglich der angedachten Planungen ausgetauscht. Festzustellen war dabei, dass die Mehrzahl der Bürger/-innen von Feldkrücken gegen einen weiteren Ausbau von WKA´s ist. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bürger/-innen der Gemeinde Ulrichstein im hessenweiten Vergleich bereits jetzt überproportional belastet sind.

Zwar war den Ulrichsteiner Nachrichten und der Tageszeitung im Januar / Februar 2012 zu entnehmen, dass eine Flächenerweiterung am Ulrichsteiner Kreuz geplant ist – und es wurden mittlerweile auch finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten von Dritten erläutert. Insgesamt sind die Informationen von kommunaler Seite jedoch bei weitem nicht ausreichend geeignet, um wenigstens hinsichtlich der gravierendsten Fragen Transparenz zu schaffen.

Diese sind insbesondere:

- Warum ist der Bau von weiteren Anlagen angedacht, obwohl die Bürger/-innen der Gemeinde bereits überproportional belastet sind und wie hoch ist die max. mögliche Zahl von WKA's mit und ohne Bürgerbeteiligung im Oberwald?
- Warum werden die Bürger/-innen bei dem Entscheidungsprozess nicht mit einbezogen, wie dies z.B. bei der Stadt Schotten nunmehr angedacht ist?
- Inwieweit sind politische Mandatsträger unserer Gemeinde, die über den Bau von WKA's letztendlich entscheiden bzw. entschieden haben, an Einnahmen/Gewinnen/Aufwandsentschädigungen etc. aus WKA's beteiligt.
- Warum werden interessierten Bürger/-innen keine echten Zahlen (Einnahmen/Ausgaben) in nachvollziehbarer Form genannt?
- Seitens verschiedener Stadtverordneter wurde in den letzten Tagen argumentiert, die Stadt Ulrichstein müsse WKA´s installieren, da ansonsten Dritte die geplanten Maßnahmen ausführen würden. Wo sind hierfür die entsprechenden rechtlichen Grundlagen, insbesondere vor dem Hintergrund der neuen VGH-Rechtsprechung?

- Wie steht die Stadt Ulrichstein zu dem Vorschlag der Stadt Schotten, einen „interkommunalen Windpark" auf der „Feldkrücker Höhe" zu errichten. Soll unser Naturpark Hoher Vogelsberg künftig zum Windindustriepark mutieren? Wird die Stadt Ulrichstein bei einer Anfrage der Stadt Schotten ihr Einvernehmen erteilen?

- Warum wurde wieder nicht rechtzeitig für ausreichende Information gesorgt und dadurch der Eindruck erweckt, dass Entscheidungen der städtischen Gremien im Eilverfahren und ohne Transparenz „durchgepeitscht" werden, um Tatsachen zu schaffen?

Fazit:

Wir sind der Meinung, dass der Vogelsbergkreis und insbesondere die Stadt Ulrichstein ihren Beitrag zur Energiewende mehr als ausreichend geleistet hat und das weitere Ausweisen von Windparks in unserem Gemeindegebiet und auch auf Flächen angrenzender Gemeinden nicht mehr akzeptabel ist – insbesondere dann, wenn ein nahezu intaktes Ökosystem und Waldflächen in großem Umfange geopfert werden sollen.
Die von der Hessischen Landesregierung geforderten 2% der Landesfläche für die Installation von Windkraftanlagen zur Umsetzung des EEG sind bei solidarischem Verhalten der anderen Kreise im Land leicht zu erzielen. Der Vogelsberg stellt derzeit bereits 30% aller WKA´s in Hessen, obwohl auf diesen Kreis nur ca. 6% der Landesfläche entfallen. Im Landkreis Fulda z.B. besteht eine wesentlich bessere Windhöffigkeit.

Wir geben zu bedenken, dass weitere Bauvorhaben von Windparks auf Ulrichsteiner Stadtgebiet die Nachbarkommunen veranlassen könnten, ebenfalls in weitere Windparks zu investieren, so dass langfristig die Zerstörung des Naturparkes Hoher Vogelsberg zu befürchten ist.

Darüber hinaus erwarten wir, um die Tragweite der geplanten WKA's im Oberwald/Zwirnberg den Bürgern besser zu verdeutlichen, eine computersimulierte Präsentation des dann vorherrschenden Landschaftsbildes.

Wir appellieren an Sie als **gewählte Vertreter unserer Stadt**, sich als solche zu verstehen und nicht ohne Beteiligung der betroffenen Bürger/-innen und gegen den Willen der weitaus meisten Bürger/innen hinweg Tatsachen zu schaffen, die uns und die nachfolgenden Generationen massiv belasten werden.

Wir fordern Sie daher dringend auf, zum Einen keine unumkehrbare Beschlussfassung ohne Bürgerbeteiligung zu fassen und zum Anderen sich gemeinsam mit dem Leiter der Verwaltung, Herrn Bürgermeister Edwin Schneider, den Fragen der Bürger/-innen in einer öffentlichen Bürgerversammlung zu stellen.

Welch großes Interesse an den o.a. Punkten besteht, zeigen die beigefügten Kopien unserer noch unvollständigen Unterschriftenlisten.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung:

Stephanie Frank
Gudrun u. Jürgen Riedel
[redacted]

Kontaktadresse: Stephanie Frank, [redacted] 35327 Ulrichstein

Fragenkatalog der Feldkrücker Initiativgruppe gegen eine Erhöhung der Anzahl von Windkraftanlagen in der Großgemeinde Ulrichstein an den Bürgermeister Edwin Schneider von Ulrichstein.

1.
Warum wurden die Bürger der Stadt Ulrichstein nicht über die Planung weiterer Standorte für WKA´s und deren Anzahl in einer Bürgerversammlung informiert, wie dies zur Zeit in allen anderen Vogelsberger Gemeinden Usus ist?

2.
Warum wurden die Ortsbeiräte nicht mit in die Planung einbezogen, obwohl dies doch die HGO ausdrücklich vorsieht?

3.
Wir bitten um Mitteilung des aktuellen Planungsstandes (Anzahl/Standorte geplanter WKA´s).

4.
Was halten Sie von einem Moratorium in Bezug auf die Errichtung weiterer WKA´s aufgrund des Urteils des VGH in Kassel, demzufolge 5 Windräder abgeschaltet werden mussten und welchen Einfluss hat dies auf die Entscheidung hinsichtlich der geplanten Windräder im Oberwald und anderen sensiblen Gebieten?

5.
Warum wurde der Kommunalhaushalt der Stadt Ulrichstein durch die bereits seit mehr als 15 Jahren bestehenden WKA´s „Auf der Platte" und die anderen Windparks in der Ulrichsteiner Großgemeinde nicht saniert und was spricht dafür, dass das in Zukunft durch weitere Anlagen geschehen soll?

Wir bitten um die Vorlage einer Bilanz in für die Bürger verständlicher Form.

6.
Der Vogelsberg ist die Region mit der höchsten WKA-Dichte in Hessen (Ulrichstein ca. 30 %). Wie kann man verantworten, dass weitere WKA´s hinzugebaut werden und damit der Naturpark Hoher Vogelsberg, der Lebensraum für Wildtiere und Vögel, das Erholungsgebiet für jetzige und zukünftige Generationen weiter belastet und zerstört werden?

Wir bitten um Ihre Stellungnahme.

7.
Wurde der amtlich bestellte Vogelschutzbeauftragte an den Planungen beteiligt, wie es gesetzlich vorgesehen ist?

8.
Schon der demographische Wandel führt zur Ausblutung der Gemeinden im Vogelsberg; der damit verbundene Wertverlust für Grundstücke und Immobilien beträgt bereits jetzt schon bis zu 30 % und wird in Regionen mit vermehrten WKA´s nochmals zusätzlich um bis zu 20 % betragen. Ist das zu verantworten?

9.
Gibt es Planungen der Stadt Ulrichstein für die Feldkrücker Höhe bzw. für einen interkommunalen Windpark an diesem Standort mit der Stadt Schotten?

Die Initiativgruppe bittet Sie um einen zeitnahen Termin für eine öffentliche Informationsveranstaltung in Feldkrücken, bevor durch die städtischen Gremien endgültige Beschlüsse gefasst werden.

Abschließend bitten wir Sie um schriftliche Beantwortung der oben gestellten Fragen an unsere Kontaktadresse noch vor der öffentlichen Informationsveranstaltung.

Ulrichstein-Feldkrücken, den 18.06.2012

Für die Initiativgruppe:

Gudrun Riedel Stephanie Frank

Kontaktadresse:
Stephanie Frank
[redacted]
35327 Ulrichstein-Feldkrücken

2.2. Antrag und Unterschriftenlisten Ulrichsteiner Bürger

Persönlich !
Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Heiko Müller
Marktstrasse 28-32
35327 Ulrichstein

Ulrichstein, den 10.04.2013

Antrag auf Einberufung einer Bürgerversammlung

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Müller,

Hiermit beantragen die unterzeichnenden Bürger der Stadt Ulrichstein die Einberufung einer Bürgerversammlung gem. § 8a HGO in wichtiger Angelegenheit, nämlich zum Thema Windkraftanlagen in der Grossgemeinde Ulrichstein.

Die Bürgerversammlung sollte auch alle Einwohner einschliessen und in einer angemessenen Frist abgehalten werden.

Ich bitte um eine kurzfristige Antwort.

Mit freundlichen Grüssen

Dr.Dietmar von dem Borne

Anlage: Unterschriftenliste

p.A.Dr.von dem Borne, [redacted] 35327 Ulrichstein, Tel.06645-[redacted]

---------- Weitergeleitete Nachricht ----------
Von: **Heiko Müller** <...>
Datum: 3. Mai 2013 13:35
Betreff: Bürgerversammlung
An: Dietmar von dem Borne <...>

Hallo Herr Dr. von dem Borne,

vielen Dank für Ihr Schreiben in Bezug auf die Durchführung einer Bürgerversammlung. Ich werde dies in den kommenden Tagen mit Herrn Bürgermeister Schneider besprechen.

Viele Grüße
Heiko Müller

2.3. Email-Verkehr - Verweigerung der Zurverfügungstellung von städtischen öffentlichen Räumlichkeiten

Hallo Freunde des etwas rauheren Windes,
ich hatte heute einen Anruf vom HMUELV- Dr. Meissauer. Dr. M. ist zuständig für Grundsatzfragen der Energiepolitik sowie Öffentlichkeitsarbeit Energie.
Gegenstand des Gespräches war zunächst die e-mail von Herrn Bgm. Schneider(Ulrichstein)in der dieser uns mitteilte, dass das Ministerium (HMUELV)"nicht wünsche", dass wir eine Infoveranstaltung in Ulrichstein durchführen wollen.
Dr.M- hat sich hiervon klar distanziert. Es wäre ihm lediglich darum gegangen, ein Zusammentreffen unserer und einer ebenfalls in Planung befindlichen Veranstaltung des HMUELV zu vermeiden. Er begrüßt ausdrücklich unser Engagement.
Wir haben vereinbart, dass wir mit dem HMUELV unsere Planungen für die Veranstaltungen abstimmen. Das HMUELV wird uns auf jeden Fall zu der von ihm geplanten Veranstaltung einladen und uns einen Platz im Podium mit absoluter Redefreiheit zusichern.
Dr. M. hat mit Bezug auf das von uns angestrebte Moratorium ausdrücklich an die Regionalversammlung verwiesen. Dem Ministerium sind mit Bezug auf die Planung die Hände gebunden.
Am 11. Dez. ist eine öffentliche Sitzung der Regionalversammlung geplant. Dr. M. wird uns hierzu die Daten nennen. Wir sollten dort auf jeden Fall teilnehmen.
An Herrn Bgm. Schneider habe ich die nachstehende e-mail geschickt.
Wir sollten überlegen, ob wir diese Behinderung von Schneider öffenlich machen. Pressekonferenz o.ä.
Gruß aus Schotten und ein schönes Wochenende
Hans T.

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans
Gesendet: Freitag, 30. November 2012 13:11
An: [Email Bgm. Edwin Schneider]
Betreff: AW: Antwort: Antwort: Anmietung Spiegelsaal für Informationsveranstaltung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, heute erhielt ich einen Anruf von Herrn Dr. Meissauer, vom HMUELV.
Die Aussagen von Herrn Dr. Meissauer bestätigen unsere Vermutung, dass es sich bei Ihrer e-mail vom 24.11. ausschließlich um den Versuch handelt, die von uns geplante Informationsveranstaltung zu verhindern.
Dies ist Ihnen zwar mit Bezug auf den ins Auge gefassten Termin zum 7.12. gelungen, wir werden, in direkter Abstimmung mit der Terminplanung des HMUELV, diese Veranstaltung jedoch definitiv im Januar 2013 durchführen.
Dabei werden wir auch nicht mehr von Ihrer Gunst bzgl. Raumplanung abhängig sein.
Gerne werden wir Sie natürlich zu dieser Veranstaltung einladen und Ihnen dabei ein ausreichendes Zeitfenster, für die Präsentation der wirtschaftlichen Situation des Windkraftengagements Ihrer Stadt, einräumen.
Besonders gespannt sind wir dabei auf den Nachweis des Gewinns von über 3.0 Mio Euro, aus der städtischen Beteiligung am Windpark "Auf der Platte".
Es grüßt Sie
Hans Teegelbekkers
f.d. BI Gegenwind-Vogelsberg

Sehr geehrte Frau Wilmes,
Herr E. Schneider, Bürgermeister der Stadt Ulrichstein, hat uns die nachstehende e-mail Nachricht übermittelt.
Hierin bezieht er sich auf ein Gepräch im HMUELV, vom 23.11.2012,bei dem u.a. auch eine von unserer Bürgerinitiative geplante Informationsveranstaltung in Ulrichstein thematisiert wurde.
Demnach wollte sich das HMUELV mit uns, wegen einer "Gesamtveranstaltung", die für Januar/Februar 2013 vom HMUELV geplant sein soll, in Verbindung setzen. Bislang erfolgte diese Kontaktaufnahme nicht.
In Anbetracht der Tatsache, dass unsere Veranstaltung, zunächst für den 30.11. geplant, nunmehr am
07.12.2012 stattfinden soll,wäre eine solche Kontaktaufnahme innerhalb dieser Woche (KW48) unbedingt erforderlich.
Da uns schon der Magistrat der Stadt Ulrichstein die Nutzung eines DGHs verweigert, hätten wir kein Verständnis dafür, wenn das HMUELV ebenfalls, durch zeitliches taktieren, einen Beitrag zur Verhinderung einer Informationsveranstaltung leisten würde.
Ihrer zeitnahen Stellungnahme sehen wir mit Interesse entgegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen Hans Teegelbekkers F. die BI- Gegenwind-Vogelsberg
Kontakt: ...
Tel: ...

Hallo Zusammen,
Kurz zur Info für diejenigen die nicht informiert sind: Wir wollten von "Gegenwind" eine Info-Veranstaltung in Ulrichstein durchführen und hatte deshalb einen Veranstaltungsraum bei der Stadt angefragt. Dieser wurde uns vom zuständigen Sachbearbeiter der Stadt Ulrichstein auch zugesagt. Wir haben diese Zusage schriftlich bestätigt. Danach hat sich der Bgm. eingeschaltet und vorgegeben, dass der Magistrat über die Vergabe entscheiden müsse. Diese Magistratssitzung hat am 22.11. stattgefunden.
Nachstehend nun die Info des Bgm.
[...]
Gruß
Hans T.

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Emailadresse Bgm. Edwin Schneider
Gesendet: Samstag, 24. November 2012 14:39
An: Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans
Cc: [Email Elisabeth Wilmes, HMUELV]
Betreff: Antwort: Antwort: Anmietung Spiegelsaal für Informationsveranstaltung

Sehr geehrter Herr Teegelbekkers,

es gibt neue Gesichtspunkte für die Durchführung einer Informationsveranstaltung:

Die Stadt Ulrichstein hatte ursprünglich am 28.11.2012 eine Bürgerversammlung zum Thema Windkraft angedacht.
Da sich der Teilregionalplan Energie Mittelhessen derzeit noch in der Aufstellungsphase befindet, würde von Seiten des Regierungspräsidiums aber niemand an der BV teilnehmen. Auch die hessenEnergie hat signalisiert, dass nach heutigem Stand in einer BV nur allgemeine Informationen - ohne konkret auf Ulrichstein eingehen zu können - weitergegeben werden könnten.
Die Bürgerversammlung soll deshalb voraussichtlich im Jan./Febr. 2013 stattfinden.

Weiterhin hatte kurzfristig - nach Ihrer Anfrage auf Anmietung von Räumlichkeiten - das Umweltministerium eine Auftaktveranstaltung der Landes zur Windkraft in Hessen am 12.12.2012 in Ulrichstein geplant, weshalb ich am gestrigen Tage auch in Wiesbaden im Ministerium war.
Diese Veranstaltung soll aber jetzt ebenfalls aus den o.g. Gründen in den Jan. 2013 verschoben werden.

Ich habe das Ministerium darüber informiert, dass die BI "Gegenwind" am 07.12.2012 eine Veranstaltung in Ulrichstein plant.
Das Ministerium würde es aber begrüßen, dass Sie Ihre Veranstaltung nicht vor deren Veranstaltung durchführen und wird sich diesbezüglich mit Ihnen in Verbindung setzen.

Das Ministerium wird Ihnen anbieten, dass Sie auf deren Veranstaltung einen Podiumsplatz bekommen und Ihre Standpunkte vorstellen können.

Der Magistrat der Stadt Ulrichstein hat aus den vorgenannten Gründen beschlossen, dass wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Sollten Sie - nach der Veranstaltung des Ministeriums und einer Bürgerversammlung der Stadt weiterhin - noch eine Informationsveranstaltung ausrichten wollen, sind wir gerne bereit Ihnen öffentliche Einrichtungen zu vermieten.

Hinweis für das HMUELV, Frau Wilmes:
Bitte an Herrn Brinkmann weiterleiten betreffend der Kontaktdaten des Herrn Teegelbekkers (s. auch Anlage zur beigefügten Mail.

Mit freundlichen Grüßen

Edwin Schneider
Bürgermeister
Stadt Ulrichstein
Marktstraße 28 - 32
35327 Ulrichstein
Tel.: 06645/9610-15
Fax: 06645/9610-22
E-Mail: ...

Nachricht von Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, da wir zur Planung und Vorbereitung der Informationsveranstaltung einen Vorlauf von mind. 14 Tagen benötigen, wüssten wir gerne zu welcher Entscheidung der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung gekommen ist.
Für eine zeitnahe Antwort wären wir Ihnen sehr dankbar.
Mit freundlichen Grüßen
Hans Teegelbekkers
f. Bürgerinitiative Gegenwind-Vogelsberg

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans
Gesendet: Dienstag, 20. November 2012 16:34
An: [Email Bgm. Edwin Schneider]
Betreff: AW: Antwort: Anmietung Spiegelsaal für Informationsveranstaltung

Sehr geehrter Herr Schneider,

für den Fall, dass der Magistrat in seiner Sitzung am 22.11. zu dem Ergebnis kommen sollte, seinen Bürgern den Spiegelsaal, für die geplante Informationsveranstaltung zu verweigern, bitten wir um Prüfung, ob alternativ das DGH in Feldkrücken oder einem anderen Ortsteil, für eine Veranstaltung am 7.12. ab 19.00 Uhr, zur Verfügung gestellt werden kann.
Mit freundlichen Grüßen
Hans Teegelbekkers

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Emailadresse Bgm. Edwin Schneider
Gesendet: Mittwoch, 14. November 2012 09:49
An: Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans
Betreff: Antwort: Anmietung Spiegelsaal für Informationsveranstaltung

Sehr geehrter Herr Tegeegelbekkers,

die Magistratssitzung findet am 22.11.2012 statt. Den Schreibfehler bitte ich zu entschuldigen.

Von neutralen Informationen ihrerseits an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ulrichstein kann so lange nicht ausgegangen werden, wie Sie mit völlig falschen Zahlen zur Windkraft in Ulrichstein aufwarten.

Ich melde mich - wie bereits angekündigt - nach der Magistratssitzung mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Edwin Schneider
Bürgermeister
Stadt Ulrichstein
Marktstraße 28 - 32
35327 Ulrichstein
Tel.: 06645/9610-15
Fax: 06645/9610-22
E-Mail: ...

Nachricht von Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, vielen Dank für Ihre Nachricht, die wir als Versuch werten, die von Ulrichsteiner Bürgern geplante und initiierte Informationsveranstaltung zu verhindern. Da die Veranstaltung kommunalen, staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Zwecken dient, die disponierten Räumlichkeiten- nach Aussage des zuständigen Mitarbeiters , Herrn Rüb - nicht anderweitig belegt sind und die Benutzung der Räume außerdem im Rahmen der bestehenden Benutzungs- und Gebührenordnung für Gemeinschaftshäuser der Stadt Ulrichstein, vom 18.05.2004 erfolgen soll, ist für uns nicht ersichtlich, warum hierzu eine ausdrückliche Zustimmung des Magistrates zu erfolgen hat.
Darüber hinaus haben die Bürger der Stadt Ulrichstein das Recht, sich zum Thema Windkraftanlagen, neutrale Informationen zu beschaffen, wozu die geplante Veranstaltung dienen soll. Damit ergänzt sie möglicherweise die von Ihnen für das nächste Jahr geplante Bürgerversammlung zu diesem Thema und stellt diese nicht infrage.
Sollte der Magistrat Ihrer Stadt, in seiner nächste Sitzung am 22.11 - oder ist der 22.12. gemeint, wenn Sie den 22.10 anführen -, zu dem Ergebnis kommen, uns die Räumlichkeiten nicht zur Verfügung zu stellen, so können Sie dennoch ganz sicher sein, dass die geplante Informationsveranstaltung stattfinden wird.
Im Interesse Ihrer Bürger und Ihrer Stadt, erwarten wir daher einen positiven Bescheid für eine Nutzung der Räume am 7.12.2012.
Freundlichst
Hans Teegelbekkers
BI- Gegenwind-Vogelsberg

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: [Emailadresse Bgm. Edwin Schneider]
Gesendet: Dienstag, 13. November 2012 17:39
An: Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans
Betreff: Antwort: Anmietung Spiegelsaal für Informationsveranstaltung

Sehr geehrter Herr Tegelbekkers,

vielen Dank für die Anfrage zur Anmietung unseres Spiegelsaals für eine Informationsveranstaltung der Initiative "Gegenwind-Vogelsberg" am 30.11.2012 bzw. 07.12.2012.

Hierzu teile ich Ihnen mit, dass Herr Rüb Ihnen noch keine verbindliche Zusage zur Anmietung gem. Ihrem Schreiben vom 12.11.2012 gemacht hat. Er hatte Ihnen lediglich die Bedingungen und die Konditionen mitgeteilt. Auch hat er Ihnen mitgeteilt, dass die beiden genannten Termine noch zu Verfügung stehen.

Gem. § 3 unserer Benutzungs- und Gebührenordnung für die Gemeinschaftshäuser ist jedoch der Magistrat für die Überlassung der Gemeinschaftsräume zuständig.
Insofern, kann ich Ihnen heute noch keine Zusage machen, dass Sie die Räumlichkeiten für Ihre Veranstaltung anmieten können, da dies erst noch abschließend im Magistrat zu behandeln ist.
Die nächste Magistratssitzung findet am 22.10.2012 statt.
Ich werde mich danach mit Ihnen in Verbindung setzen und Ihnen das Ergebnis mitteilen.

Tendenziell kann ich Ihnen schon mitteilen, dass im Jan. oder Feb. 2013 eine Bürgerversammlung zum Thema Windkraft in Ulrichstein stattfinden soll. Vor dieser Bürgerversammlung ist eine Informationsveranstaltung Ihrer Initiative als nicht sinnvoll zu erachten.

Außerdem ist noch zu prüfen, ob örtliche Vereine oder Gruppen - wie sonst in den Wintermonaten üblich - Übungsstunden in den Räumlichkeiten abhalten.
Diesen wäre in jedem Fall Vorrang zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

Edwin Schneider
Bürgermeister
Stadt Ulrichstein
Marktstraße 28 - 32
35327 Ulrichstein
Tel.: 06645/9610-15
Fax: 06645/9610-22
E-Mail: ...

Nachricht von: Dr. Weber & Partner - Teegelbekkers, Hans:
An: Rüb, Andreas
E-Mail an: info@ulrichstein.de
12.11.2012

Sehr geehrter Herr Rüb,
anliegend erhalten Sie die Bestätigung für die Anmietung des Spiegelsaals für eine Informationsveranstaltung am 30.11 oder 7.12.
Ich werde mich Mi/Do wegen Terminabstimmung bei Ihnen melden.
Danke im Voraus
Hans Teegelbekkers

2.4. Edwin Schneider wirft der BI Gegenwind Vogelsberg Androhung von Gewalt gegenüber Besuchern der Infoveranstaltung vor (AA)

Alsfelder Allgemeine, 21.01.2013
„Bürgerinitiative Gegenwind wollte keinen Gegenwind“

Bürger Zutritt verwehrt

Bürgerinitiative »Gegenwind« wollte keinen Gegenwind

Ulrichstein (pm). Bürgermeister Edwin Schneider liegen Beschwerden darüber vor, dass in Ulrichstein bei der Veranstaltung der Bürgerinitiative »Gegenwind« einem interessierten Bürger die Teilnahme unter Androhung von Gewalt verwehrt wurde, weil dieser in vorausgegangen Versammlungen der Initiative die Behauptungen der Referenten widerlegt und auch kritisch hinterfragt hatten (zum Beispiel in Stumpertenrod). Dieser Bürger wurde deshalb als unerwünschte Personen (Original) bezeichnet – trotz der Einladung zu einer öffentlichen Veranstaltung – und es wurde ihm der Zutritt zum Versammlungsraum in der Gaststätte Groh verwehrt.

2.5. Vorwurf von Ulrichsteins Bürgermeister im Kreisanzeiger

Kreisanzeiger/Gießener Anzeiger
Hessen-Energie“ nennt Zahlen zur Windkraft - Vorwurf von Ulrichsteins Bürgermeister -
22.01.2013 – VOGELSBERGKREIS

http://www.giessener-anzeiger.de/lokales/aus-der-nachbarschaft/vogelsbergkreis/12766909.htm

Durchaus lohnende Investitionen

(red). Nach der Veranstaltung der Bürgerinitiativen „Gegenwind Vogelsberg“ in Ulrichstein sieht das Unternehmen „Hessen-Energie“ mit Geschäftsführer Horst Meixner als Folge der Berichterstattung darüber in der Öffentlichkeit Handlungsbedarf und verfasste ebenso wie Ulrichsteins Bürgeremeister Edwin Schneider jeweils eine Pressemitteilung. Die „Hessen-Energie“ sei eine Energieagentur, die ihre Kosten durch Erträge decken müsse, heißt es da. Die Planung, Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sei dabei nur eines von mehreren Geschäftsfeldern, das sich aber ebenso wie die übrigen Sparten (Contracting, Consulting/Beratung) wirtschaftlich tragen müsse. Daten zum Unternehmen finde man unter http://hessenenergie.de/Unternehmen/un-pdfs/he-daten.pdf im Internet.

Das Unternehmen habe ausweislich ihrer veröffentlichten Jahresabschlüsse seit 2007 durchgängig Gewinne erzielt und keine Verluste gemacht.

Der Alleingesellschafter OVAG Energie AG subventioniere den Betrieb keineswegs. Für ein Unternehmen der Stromversorgung, das selbst im Wettbewerb stehe, wäre dies auf Dauer auch gar nicht möglich.

In Ulrichstein „Auf der Platte“ sei für die Gesellschaft „Hessen Wind I“ ein erster Windpark geplant und zusammen mit 295 Kommanditisten gebaut worden, die sich damals mit Beträgen ab umgerechnet 2500 Euro beteiligen konnten. Die Investitionen von „Hessen Wind I“ betrugen dort umgerechnet etwa 2,9 Millionen Euro. Es folgte ein zweiter Park in Nordhessen, so dass die Gesellschaft insgesamt rund 4,4 Millionen investiert habe.

Bis zur Stilllegung der letzten Anlagen im Jahr 2012 hätten die neun Anlagen „Auf der Platte“ fast 67 Millionen kWh Strom eingespeist. Nimmt man einen Vergütungssatz von 9,1 Cent je kWh an, errechneten sich somit über sechs Millionen Euro an Einspeiseerlösen - also mehr als das Doppelte der Investitionssumme. Hinzu kämen die Erlöse aus dem Verkauf der Anlagen für das Repoweringprojekt. Die Kommanditisten hätten insgesamt 1,34 Millionen Euro in die Gesellschaft für die zwei Standorte in Ulrichstein und Nordhessen eingebracht. Die Summe der Auszahlungen der Gesellschaft an die Kommanditisten bis 2012 habe bei mehr als dem Zweieinhalbfachen der Einlage gelegen. Mit einer durchschnittlichen Rendite auf das Kommanditkapital von über neun Prozent pro Jahr vor Steuern sei es somit für die Anleger eine lohnende Investition gewesen.

Der Neubau von sieben modernen leistungsstarken Windenergieanlagen (E82 von Enercon) mit jeweils 2,3 Megawatt für „Hessen Wind VI“ werde in diesen Tagen abgeschlossen. Durch die Modernisierung würde die Stromproduktion in einem durchschnittlichen Windjahr bei rund 48 Millionen Kilowattstunden liegen, was je Anlage 6,86 Millionen kWh bedeuten. Die Investitionskosten mit allen Aufwendungen betrügen insgesamt rund 29 Millionen Euro, pro Anlage also 4,14 Millionen. Dem stehe bei einer Vergütung von 9,76 Cent je kWh ein voraussichtlicher Ertrag je Anlage von etwa 669 000 Euro in einem durchschnittlichen Windjahr gegenüber. Wenn man mit drei Cent je kWh als Kosten des gesamten Betriebs

rechne, verbleibe ein Netto-Ertrag vor Zinsen von etwa 464 000 Euro. Es brauche also knapp neun Jahre, bis die Investitionskosten zur Gänze erwirtschaftet seien - bei einer Vergütungsdauer von 20 Jahren sowie einer Anlagenlebensdauer von 25 Jahren und mehr.

Bürgermeister Edwin Schneider liegen nach eigenen Angaben indes Beschwerden darüber vor, dass in Ulrichstein einem interessierten Bürger die Teilnahme an der „Gegenwind"-Veranstaltung **unter Androhung von Gewalt** verwehrt wurde, weil dieser in vorausgegangen Versammlungen der Initiative die Behauptungen der Referenten widerlegt und auch kritisch hinterfragt hätte (wie in Stumpertenrod). Dieser Bürger sei deshalb als unerwünschte Person bezeichnet und ihm (trotz Einladung zu einer öffentlichen Veranstaltung) der Zutritt zum Versammlungsraum in der Gaststätte Groh verwehrt worden.

2.6. Bürgerinitiativen weisen angebliches Zutrittsverbot zurück

Alsfelder Allgemeine, 26.01.2013

A. Allg. 26.01.13

»Ross und Reiter nennen«

Bürgerinitiativen weisen ein angebliches Zutrittsverbot zurück

Ulrichstein (pm). In einer Presseveröffentlichung hat der Bürgermeister von Ulrichstein, Schneider, dargelegt, dass ihm Beschwerden darüber vorlägen, bei der Informationsveranstaltung der Bürgerinitiativen »Gegenwind« sei Bürgern unter Androhung von Gewalt der Zugang zu der Veranstaltung verwehrt worden.

Diese Behauptung weisen die Bürgerinitiativen zurück. In den Aussagen Schneiders sehen die Bürgerinitiativen »ein perfides Spiel«. Wenn Schneider behaupte, von einem Besucher der Info-Veranstaltung informiert worden zu sein, dann solle er Ross und Reiter nennen. Wenn eine solche Aussage vorliege, so erwarten die Bürgerinitiativen, »dass ihnen die betroffene Person benannt wird, damit gegen sie juristische Schritte eingeleitet werden können«. Die Akteure der Bürgerinitiativen seien bereit, eine eidesstattliche Versicherung abzugeben, dass es ein solches Vorkommnis nicht gegeben hat. Auch die Besucher könnten den Vorwurf nicht bestätigen.

Eventuell hätten Besucher wegen Platzmangels im überfüllten Veranstaltungsraum die Veranstaltung wieder verlassen.

2.7. Gezieltes Ausgrenzen der Bürger Ulrichsteins

Alsfelder Allgemeine, 14.09.2013

Bürgerinitiative zur Windkraftpolitik

Gezieltes Ausgrenzen der Bürger Ulrichsteins

Die Bürgerinitiative Gegenwind Vogelsberg nimmt Stellung zu den in den letzten Wochen in der Lokalpresse gehäuft veröffentlichten Artikeln rund um die »schöne neue Windkraftwelt« der Gemeinde Ulrichstein.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Wir sind weder für Atomkraft noch gegen »erneuerbare« Energieerzeugung, sondern gegen den völlig unkoordinierten Ausbau der Energieerzeugung mit WKA, ohne dass diese mangels fehlender Speichermöglichkeiten bisher sinnvoll genutzt werden kann. Zudem hat gerade Ulrichstein mit dem bisherigen massiven Ausbau von Windkraftanlagen – in unserer Gemeinde stehen bereits über 50 Anlagen – mehr als seinen Beitrag zur Energiewende geleistet und damit das uns umgebende Landschaftsbild massiv beeinträchtigt.

Trotzdem will Ulrichstein im Verbund mit der sogenannten »Bürgerwind«-Firma des Ex-Bürgermeisters Horst und dem Unternehmen VWE-Bohn, denen in einer Stadtverordnetensitzung ein sog. »berechtigtes Interesse« bescheinigt wurde, weitere Anlagen bauen. Woher dieses »berechtigte Interesse« kommt, ist für die Bürger von Ulrichstein nicht nachvollziehbar, da es nie eine öffentliche Ausschreibung gab und »echte, nachprüfbare« Zahlen nie vorgelegt wurden.

Bemerkenswert: Die Stadt weigert sich hartnäckig seit über einem Jahr, trotz mehrmaliger Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, unterstützt durch Unterschriftenlisten, eine Bürgerversammlung laut Hessischer Gemeinde Ordnung (§ 8a HGO) einzuberufen, um die Bürger ordnungsgemäß über die WKA-Planungen zu informieren und in Entscheidungen einzubeziehen sowie Rechenschaft über Millionen-Investitionen abzulegen. Ist das Thema so brisant, dass man die öffentliche Auseinandersetzung mit der Bürgerschaft gezielt unterbindet? So mussten wir verwundert zur Kenntnis nehmen, dass eine windkraftkritische Anfrage eines Stadtverordneten in der letzten Sitzung am 23. August 2013 zwar verlesen wurde, aber die erwarteten Antworten darauf geheim gehalten wurden. Somit ist es für die Bürger noch nicht einmal möglich, sich in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung umfassend zu informieren und das, obwohl auf diese Möglichkeit immer wieder – insbesondere durch Magistratsmitglieder – verwiesen wird. Dieses gezielte Ausgrenzen und Entmündigen der Bürger zieht sich wie ein roter Faden durch die Ulrichsteiner Elfenbeinturm-Politik.

So präsentiert sich Bürgermeister Schneider in einem Artikel der Alsfelder Allgemeinen Zeitung vom 24. August 2013 als konfliktfähig und moderationserprobt, scheut aber die öffentliche Diskussion mit der Bevölkerung. Wie ist es sonst zu verstehen, dass sich der Bürgermeister und ein Stadtrat nur drei Tage zuvor mit Jürgen Trittin (Die Grünen) unter Ausschluss der Öffentlichkeit trafen, um zum Beispiel wider besseres Wissen zu verkünden, der Windpark Alte Höhe/ Wohnfeld müsse wegen Natura 2000 wegfallen, dabei werde er von der Bevölkerung akzeptiert.

Wer ist in diesem Fall »die Bevölkerung«? Meint er damit die an diesem und anderen Windparks beteiligten Mandatsträger? Dazu muss man wissen, dass einige Mitglieder der städtischen Gremien persönlich oder durch Angehörige an einigen Windkraftanlagen finanziell beteiligt sind. Wogegen nichts zu sagen wäre, wenn sie, wie in der HGO vorgeschrieben, bei Widerstreit der Interessen vor der Abstimmung den Saal verlassen hätten.

Fortsetzung nächste Seite.

Meinungstreff
FORUM DER LESER
(Außer Verantwortung der Redaktion)
Alsfelder Allgemeine
14.8.13

Hier entsteht der Eindruck der Vermischung von privatem Gewinnstreben durch Ausübung eines kommunalen Mandats.

Sind unsere Stadtverordneten Vertreter von Einzelinteressen oder vertreten sie noch den Bürgerwillen? Die Alleingänge bei den Beschlussfassungen in den letzten Jahren verdeutlichen, dass sie ihre Bevölkerung einfach entmündigen und lediglich die eigenen Anschauungen/Interessen verfolgen.

Dies wird auch deutlich beim überregional umstrittenen Projekt Windfarm Zwirnberg. So sollen am Zwirnberg zwei Anlagen für 10,2 Millionen Euro erworben werden (Stand: Juni 2013), wobei diese auf Grundstücken von Hessen-Forst stehen, sodass nicht einmal Pachterlöse generiert werden können, da diese Hessen Forst zufließen! Dies alles gipfelt in der Feststellung, dass die Finanzierung bisher noch nicht gesichert ist. Man will prüfen, ob man eventuell Altanlagen in Helpershain verkaufen kann. Bezeichnenderweise äußerte zu diesem Finanzgebaren ein Stadtverordneter »dies sei halt unternehmerisches Risiko«! Ein Risiko das letztendlich der Bürger als Steuerzahler trägt.

Gleichzeitig wurde eine zweimalige Anfrage des Stadtverordneten R. Schleuning bezüglich der zu erwartenden Schallbelastung für Feldkrücken offenbar nie beraten. Kommt die Windfarm Zwirnberg, haben die Menschen in Feldkrücken die WKAs von Kölzenhain in zwei Kilometer westlicher Richtung, die WKAs vom Ulrichsteiner Kreuz in ca. zwei km östlicher Richtung und dann auch noch die WKAs am Zwirnberg in ca. einem km südöstlicher Richtung zu ertragen. Ist das noch in Ordnung?

Dass Bürgermeister Schneider die zwei Bürgerinitiativen (BI Gegenwind, BI Abwasser) Kopfzerbrechen bereiten müssen, liegt auf jeden Fall daran, dass man in den städtischen Gremien immer noch nicht begriffen hat, was Demokratie bedeutet: Beteiligung und Einbindung der Bürger vor wichtigen Entscheidungsprozessen, insbesondere auch durch Bürgerversammlungen. Denn aus solchen könnte die Verwaltung Konfliktfelder erkennen und vermeiden und dadurch eventuell unnötige Kosten einsparen.

Als aktuelles Beispiel sei hier die Versetzung eines Internetfunkmastes in Feldkrücken genannt, wo man Streitigkeiten und Kosten hätte verhindern können. Offenbar wird jedoch willkürlich selektiert, bei welchen wichtigen Themen (z.B. gesplittete Abwassergebühr) Informationen erfolgen und bei welchen nicht. Die BIs sind nicht gegen »die da oben«, sondern fordern ihre Teilhabe an wichtigen Entscheidungen in unserer Stadt – zu denen der Ausbau von noch mehr Windfarmen mit Sicherheit gehört.

Wir appellieren daher an den Stadtverordnetenvorsteher Herrn Heiko Müller, dem Vorbild anderer Gemeinden zu folgen (Feldatal, Schotten, Grünberg…) und umgehend die mehrfach beantragte und bereits 2011/2012 angekündigte Bürgerversammlung durchzuführen. Und die Stadtverordneten bzw. Fraktionen bitten wir, ihn im Interesse der Bevölkerung und einer glaubwürdigen Kommunalpolitik dabei zu unterstützen.

Dr. Dietmar von dem Borne,
Stephanie Frank

Bürgerinitiative Gegenwind Vogelsberg, Gruppe Ulrichstein

2.8. Reaktion Edwin Schneider in Stadtverordnetensitzung (LA)

(Lauterbacher Anzeiger, 04.11.2013)

Bürgermeister reagiert scharf auf BI-Vorwürfe

LAZ 4.11.

ULRICHSTEIN Edwin Schneider verwahrt sich gegen Korruptionsvorwürfe / „Schmutzkampagne"

ULRICHSTEIN (dg). Scharfe Kritik an einer Pressemitteilung der BI Gegenwind übte am Ende der Stadtverordnetenversammlung am Freitagabend Bürgermeister Edwin Schneider. Darin seien Unwahrheiten und Behauptungen aufgestellt worden, die nicht unkommentiert bleiben könnten. So weigere sich die Stadt, trotz mehrmaliger Anfragen, unterstützt durch Unterschriftenlisten, eine Bürgerversammlung abzuhalten. Der Stadtverwaltung beziehungsweise dem Magistrat lägen keine Unterschriftenlisten betreffend der Durchführung einer Versammlung vor, stellte er klar.

Lediglich gerade vor dem Sitzungsbeginn habe er eine Unterschriftenliste aus dem letzten Jahr aus Unter-Seibertenrod ausgehändigt bekommen. Aufgrund des Leitfadens über die „Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen vom 29.11.2013" sollen in Natura 2000 Gebieten keine WKA mehr errichtet werden können. Dies wurde in der ersten Offenlage im Teilregionalplan Energie des RP Gießen auch so umgesetzt, was zur Folge hat, dass bestehende Windparks ersatzlos wegfallen sollen.

Da Ulrichstein mit dem gesamten Stadtgebiet im Natura-2000-Gebiet liegt, müsse abgewartet werden, ob überhaupt noch Windkraftanlagen in Ulrichstein errichtet werden könnten.

Aus diesem Grund sollte vor einer Bürgerversammlung die Entscheidung des RP abgewartet werden, damit in der Versammlung über die Zukunft der Windkraft in Ulrichstein auch verlässlich berichtet werden könne. Im Übrigen habe es etliche Veranstaltungen gegeben, in denen über die Windkraft informiert wurde. „Die Stadt selbst hat es derzeit nicht in der Hand, wie es mit der Windkraft in Ulrichstein weitergeht", so Schneider.

Weiter hieß es in der Pressemitteilung: „... man habe verwundert zur Kenntnis nehmen müssen, dass eine windkraftkritische Anfrage eines Stadtverordneten in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zwar verlesen wurde, aber die erwarteten Antworten darauf geheim gehalten wu-den...". Schneider wies daraufhin, dass die beiden Leserbriefschreibenden Mitglieder von Gegenwind in dieser Sit-zung nicht anwesend waren. Nach der Geschäftsordnung könne eine Anfrage schriftlich oder mündlich beantwortet werden. Aufgrund des Umfangs der Anfrage wurde diese schriftlich beantwortet. Die Antworten blieben keinesfalls geheim, sondern wurden teilweise sogar noch offen diskutiert.

Klargestellt wurde auch, dass er als Stadtoberhaupt nicht die öffentliche Diskussion mit der Bevölkerung scheue, die ihm nach dem Besuch des Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin, am 21. August dieses Jahres auf dem Windpark „Auf der Platte" im Rahmen dessen Wahlkampftour vorgeworfen wurde. Der Termin sei von den Grünen über die OVAG organisiert worden. Nur wenige Tage vorher habe er für den Termin eine telefonische Einladung erhalten. Das Treffen wurde nicht von der Stadt oder dem Bürgermeister vereinbart, sondern von den Grünen selbst, die auch die Öffentlichkeitsarbeit übernommen hätten.

Bezugnehmend auf den in der Pressemitteilung angeprangerten Widerstreit der Interessen bezeichnete es Bürgermeister Schneider als eine Unverschämtheit, den Mitgliedern der städtischen Gremien unterschwellig Korruption vorzuwerfen. Der Paragraph 25 der Hessischen Gemeindeordnung sei den gewählten Vertretern bestens bekannt.

Beim Beschluss, ein Vorranggebiet für WKA auszuweisen, gebe es noch keine unmittelbaren Vorteile zu verzeichnen, weil zu diesem frühen Zeitpunkt noch gar nicht abschließend bekannt sei, wie viele und durch wen Windkraftanlagen errichtet werden könnten. „Der pauschale Vorwurf der Korruption ist eine Verleumdung der ehrenamtlich Tätigen und nur reiner Populismus", so Schneider.

Zum Vorwurf der „Elfenbeinpolitik" führte er aus, dass die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat demokratisch gewählte Parlamente seien, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Ulrichstein vertreten. Diese mit einer Elfenbeinpolitik zu vergleichen, sei eine Diffamierung der sich ehrenamtlich engagierenden Kommunalpolitiker: „Hier wird einfach mal mit Dreck geschmissen, in der Hoffnung, dass schon irgendetwas hängen bleiben wird."

Es habe jedes Mitglied der Bürgerinitiativen die Möglichkeit, sich bei der nächsten Kommunalwahl zur Wahl aufstellen zu lassen und sich in die nicht leichte Arbeit der städtischen Gremien einzubringen, mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen, statt sich immer nur und grundsätzlich gegen alles zu wenden, was von der Stadt komme. Aktiv etwas zu tun, sei immer schwieriger, als nur zu kritisieren. Er sei gespannt, wie viele Mitglieder der Bürgerinitiativen im Jahr 2016 zur Kommunalwahl antreten würden.

Abschließend betonte Schneider: „Ich jedenfalls stehe vor der Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat und auch der Verwaltung und werde solche Beschmutzungskampagnen nicht dulden."

Auch Stadtverordnetenvorsteher Heiko Müller verwahrte sich gegen die Angriffe der BI Gegenwind, die bei einer Demonstration in Wiesbaden ein Plakat „Ulrichstein – Windkraft-Diktatur" mitgeführt hätte.

2.9. Reaktion Edwin Schneider in Stadtverordnetensitzung (AA)

Alsfelder Allgemeine, 04.11.2013

AAZ 4.11.

Stadtverordnetenversammlung

Bürgermeister kritisiert falsche Vorwürfe der BI

Ulrichstein (au). Scharfe Kritik an einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Gegenwind übte Bürgermeister Edwin Schneider in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Freitag. So seien Unwahrheiten und Behauptungen aufgestellt worden. Da hieß es, die Stadt weigere sich, trotz mehrmaliger Anfragen mit Unterschriftenlisten eine Bürgerversammlung abzuhalten. Schneider: Stadtverwaltung und Magistrat liegen keine Unterschriftslisten hierzu vor. Gerade vor Sitzungsbeginn habe er eine Unterschriftenliste aus dem Vorjahr aus Unter-Seibertenrod ausgehändigt bekommen, so Schneider. Er erinnerte daran, dass in »Natura 2000«-Gebieten keine Windparks errichtet werden dürfen. Dies wurde im Entwurf des Teilregionalplans Energie des RP Gießen auch so vorgesehen. Da Ulrichstein komplett in Natura 2000 Gebieten liegt, müsse abgewartet werden, ob Windkraftanlagen errichtet werden könnten. Deshalb sollte vor einer Bürgerversammlung die Entscheidung des Regierungspräsidiums vorliegen. Im Übrigen habe es etliche Veranstaltungen gegeben in denen über Windkraft informiert wurde. »Die Stadt selbst hat es derzeit nicht in der Hand wie es mit der Windkraft in Ulrichstein weitergeht«, so Schneider.

Die BI habe behauptet, dass auf eine Anfrage aus dem Stadtparlament eine Antwort gegeben wurde, diese aber geheim gehalten wurde. Schneider: Aufgrund des Umfangs der Anfrage wurde sie schriftlich beantwortet, die Antworten blieben keinesfalls geheim.

Er scheue die Diskussion mit der Bevölkerung keineswegs, wie nach dem Besuch des Grünenpolitikers Jürgen Trittin behauptet wurde. Der Termin sei von den Grünen über die OVAG organisiert worden. Wenige Tage vorher habe er eine telefonische Einladung erhalten. Er bezeichnete es als »Unverschämtheit«, den Mitgliedern der Gremien unterschwellig Korruption vorzuwerfen. Beim Beschluss, ein Vorranggebiet für Windkraft auszuweisen, gebe es keine unmittelbaren Vorteile, weil noch nicht bekannt sei, ob, wie viele und durch wen Windkraftanlagen errichtet werden. »Der pauschale Vorwurf der Korruption ist eine Verleumdung der ehrenamtlich Tätigen und reiner Populismus«, so Schneider.

Zum Vorwurf der Politik aus dem »Elfenbeinturm« führte er aus, dass Stadtverordnetenversammlung und Magistrat demokratisch gewählte Gremien seien, um Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. »Hier wir einfach mal mit Dreck geschmissen, in der Hoffnung, dass schon irgendetwas hängen bleiben wird.«

Mitglieder der Bürgerinitiative könnten sich bei der Kommunalwahl zur Wahl aufstellen lassen und in städtischen Gremien Verantwortung übernehmen, statt sich immer nur gegen Alles zu wenden was von der Stadt kommt. Schneider: »Ich jedenfalls stehe vor der Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat und auch der Verwaltung und werde solche Verschmutzungskampagnen nicht dulden.«

Auch Vorsteher Heiko Müller verwahrte sich gegen die Angriffe der BI Gegenwind, die bei einer Demonstration ein Plakat »Ulrichstein – Windkraft-Diktatur« mitgeführt hätten.

2.10. Widerstreit der Interessen

2.10.1. Auszug Protokoll Stadtverordnetensitzung 02.11.2012

Niederschrift über die 15. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein
am Freitag, den 02. November 2012 um 20.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverwaltung Ulrichstein
Es sind erschienen:
von der Stadtverordnetenversammlung:
Heiko Müller, Wolfgang Repp, Dr. Ernst-Ludwig Roth, Christian Faust, Torsten Jost, Jörg Hermann, Karl-Rainer Burger, Gerhard Schmirmund, Michael Hansel, Dr. Holger Knopp, Rainer Schleuning, Sylvia Press, Arnd Müller, Joachim Erbes, Volker Scharmann, Hans-Otto Hühnergarth und Armin Kraft
entschuldigt fehlten: Walter Frank, Benny Haas, Florian Kaiser, Horst Frank, Marion Möller und Markus Volp

[…]

zu TOP 3:

Bauleitplanung der Stadt Ulrichstein, Stt Helpershain;
Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Sondergebiet "Bereich für Windenergieanlagen" im Bereich "Goldener Steinrück / Röderwald / Lohrain";
hier: **1. Auswertung und Beschlussempfehlungen (Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB) zu den eingegangenen Anregungen und Hinweisen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**
2. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Auf Vorschlag des Haupt- und Finanzausschussvorsitzenden, Herr Dr. Ernst-Ludwig Roth werden die TOP 3 & TOP 4 zusammen abgehandelt.
Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Dr. Ernst-Ludwig Roth berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss gemeinsam mit dem Bau- und Planungsausschuss über diese Punkte beraten hat und der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfiehlt, den Tagesordnungspunkten 3 & 4 zuzustimmen.
Für den Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Vorsitzende Arnd Müller der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls einstimmig den Tagesordnungspunkten 3 & 4 zuzustimmen.
Herr Bürgermeister Schneider erläutert die Tagesordnungspunkte noch einmal für alle Anwesenden.
Beschluss:
Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein nimmt die in der Anlage befindlichen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) zur Kenntnis und stimmt den Bewertungen und Beschlussempfehlungen des beauftragten Planungsbüros Holger Fischer, 35440 Linden, zu.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein billigt den gemäß 1. Überarbeiteten Vorentwurf der FNP-Änderung einschl. Begründung als Entwurf und beschließt dessen Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.
zu TOP 4:
Bauleitplanung der Stadt Ulrichstein, Stt Helpershain;
Bebauungsplan Sondergebiet "Bereich für Windenergieanlagen" im Bereich "Goldener Steinrück / Röderwald / Lohrain";
hier: **1. Auswertung und Beschlussempfehlungen (Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB) zu den eingegangenen Anregungen und Hinweisen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**
2. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Beschluss:
Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein nimmt die in der Anlage befindlichen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) zur Kenntnis und stimmt den Bewertungen und Beschlussempfehlungen des beauftragten Planungsbüros Holger Fischer, 35440 Linden, zu.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein billigt den gemäß 1. Überarbeiteten Vorentwurf des Bebauungsplanes einschl. Begründung als Entwurf und beschließt dessen Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB.
Abstimmungsergebnis: einstimmig.

2.10.2. Auszug Protokoll Stadtverordnetensitzung 01.02.2013

Niederschrift über die 17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein
am Freitag, den 01. Februar 2013 um 20.00 Uhr
im Dorfgemeinschaftshaus Kölzenhain
Es sind erschienen:
von der Stadtverordnetenversammlung:
Heiko Müller, Walter Frank, Wolfgang Repp, Dr. Ernst-Ludwig Roth, Torsten Jost, Jörg Hermann, Benny Haas, Karl-Rainer Burger, Michael Hansel, Dr. Holger Knopp, Horst Frank, Marion Möller, Rainer Schleuning, Arnd Müller, Peter Ernst Schmitz, Joachim Erbes, Volker Scharmann, Hans-Otto Hühnergarth und Armin Kraft
entschuldigt fehlten: Christian Faust, Florian Kaiser, Gerhard Schmirmund und Markus Volp

[…]

zu TOP 3:
Bauleitplanung der Stadt Ulrichstein, Stt. Helpershain;
Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Sondergebiet "Bereich für Windenergieanlagen" im Bereich "Goldner Steinrück/Röderwald/Lohrain";
hier: 1. Auswertungen und Beschlussempfehlungen zu den eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
2. Feststellungsbeschluss gem. § 6 BauGB
Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 4 beraten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss erklärt deren Vorsitzender Herr Dr. Ernst-Ludwig Roth, dass der Ausschuss in seiner letzten Sitzung über die Punkte beraten habe und der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfiehlt diesen Punkten zuzustimmen.
Der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, Herr Arnd Müller erklärt ebenfalls, dass der Ausschuss in seiner letzten Sitzung über diese Punkte beraten habe und einstimmig empfiehlt, den Tagesordnungspunkten zuzustimmen.
Herr Bürgermeister Schneider erläutert diese Tagesordnungspunkte noch einmal eingehend.
Beschluss:
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch)
1. Nach ausführlicher Erläuterung und Diskussion werden die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen und Änderungsvorschläge zu den im Rahmen der Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen zur Kenntnis genommen und als Abwägung (§ 1 Abs. 7 BauGB) durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein stellt den Entwurf der FNP-Änderungen im Bereich des Bebauungsplanes Sondergebiet "Bereich für Windenergieanlagen" im Bereich "Steinrück / Röderwald / Lohrain" im Stadtteil Helpershain gemäß § 6 BauGB fest und billigt die Begründung mit Umweltbericht hierzu.
Abstimmungsergebnis: einstimmig.
zu TOP 4:
Bauleitplanung der Stadt Ulrichstein, Stt. Helpershain;
Bebauungsplan Sondergebiet "Bereich für Windenergieanlagen" im Bereich "Goldner Steinrück / Röderwald / Lohrain";
hier: 1. Auswertungen und Beschlussempfehlungen zu den eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauG
2. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
Beschluss:
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 BauGB (Baugesetzbuch)
1. Nach ausführlicher Erläuterung und Diskussion werden die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen und Änderungsvorschläge zu den im Rahmen der Verfahren gemäß § 3 Abs.2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen zur Kenntnis genommen und als Abwägung (§ 1 Abs.7 BauGB) durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ulrichstein beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Sondergebiet "Bereich für Windenergieanlagen" im Bereich "Goldner Steinrück / Röderwald / Lohrain" im Stadtteil Helpershain gemäß § 10 Abs.1 BauGB i.V.m. § 5 HGO, § 9 Abs.4 BauGB i.V.m. § 81 HBO (Hess. Bauordnung) als Satzung und die Begründung mit Umweltbericht hierzu.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.10.3. Beteiligung

Der Nachweis über die Beteiligung liegt der BI in Form eines Geschäftsberichtes der BWU von 2012, welcher der BI zugespielt wurde, vor.